

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

7.2.1919 (No. 33)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung
Nr. 953
und 954
Postamt
Karlsruhe
Nr. 3516.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. Amend
Druck
und Verlag:
G. Braumische
Hofbuch
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Preis: vierteljährlich 4.75 M.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Postgebühren eingerechnet, 4.92 M. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühren: die 7 mal gewaltene Seite oder deren Raum 25 P. zuzüglich 30 % Feuerungszuschlag. Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abrechnung pro Anzeigenpreis und Konsumtion. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Kassenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verbleibt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Das Wichtigste.

Aufhebung der Blockade im April?

Wie der „Seebienst“ über Rotterdam aus New York meldet, wird im Handelsdepartement damit gerechnet, daß die Blockade über die Mittelmächte Mitte April aufgehoben werden wird. Es verlautet, daß Japan sich nicht mehr länger gebunden erachtet und deshalb Amerika darauf dringen will, die Blockade aufzuheben. Das Handelsdepartement hat die Großhandelsfirmen aufgefordert, Vorbereitungen zur Wiederaufnahme der Warenversandung zu treffen. Die Regierung wird lediglich die Kontrolle über die Zahlungsmittel behalten, um Spekulationen in unerwünschten Zahlungsmitteln vorzubeugen.

Französische Truppenmeutereien in Saarbrücken und Strassburg.

In Saarbrücken und in Strassburg haben 2 französische Regimenter gemeutert. Auf diese Tatsache und andere Desorganisationen im französischen Heere sind die Bemühungen der Feinde zurückzuführen, den Abschluß des Präliminarfriedens möglichst zu beschleunigen.

Die vorläufige Reichsgewalt.

Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ berichtet, steht an erster Stelle auf einer der nächsten Tagesordnungen der Nationalversammlung der Entwurf über die vorläufige Reichsgewalt. Ist das Gesetz angenommen, so fällt der letzte Rechtsgrund unserer Feinde fort, die Regierung als nicht beglaubigt hinzustellen. Nicht minder wichtig ist die Kreditvorlage. Es sollen 25 Milliarden gefordert werden. Diese gewaltige Summe ist mit der Tatsache begründet, daß die Ausgaben des Reichshaushaltes zur Zeit noch um ein etliches durch den Kriegszustand erhöht worden sind. In dem seit dem 9. November abgelaufenen letzten Vierteljahr belaufen sie sich auf 12 Milliarden.

Spartakus in Düsseldorf.

Aus Düsseldorf meldet das B.L.Z. unterm 6. Februar: Gestern Abend erschien in dem Weinrestaurant „Grotte“ ein Matrose. Er gebot sofort Feierabend. Von den wenigen anwesenden Gästen wurde dagegen Protest erhoben. Er wiederholte seine Aufforderung, indem er einen Revolver zog. Hierauf erhielt er von einem Kellner eine Ohrfeige, worauf sich der Spartakist entfernte. Das Lokal wurde seitens des Inhabers geschlossen. Nach 10 Minuten erschienen 15 Spartakisten mit Gewehren bewaffnet. Der vorher erwähnte Matrose forderte die Anwesenden auf, die Hände hochzuhalten und schloß hierauf mit einem Revolver auf den anwesenden Metzgermeister Schäfer-Büchelbar, der ins Herz getroffen, nie wieder aufstand. Der Inhaber des Restaurants, seine Frau und der Kellner wurden in der Nacht zur Spitalabteilung geführt und erst gegen 3 Uhr früh entlassen. Inzwischen benutzten die in dem Weinlokal zurückgebliebenen Spartakisten Küche und Keller.

Die Streikbewegung in England.

Nach zuverlässigen Meldungen aus London lauten die jüngsten Berichte aus den britischen Industriestädten sehr ernst. Die Zensur ist verschärft worden, so daß man in der Öffentlichkeit ungenügend informiert ist darüber, wie groß die Streikausdehnung zurzeit ist. In Liverpool, in Glasgow, in Manchester und Birmingham streiken mehr als 800 000 Arbeiter verschiedener Berufsgruppen. Da man revolutionäre Bewegungen befürchtet, wurden in den genannten Städten die Garnisonen erheblich verstärkt. Laut „West. Nachr.“ meldet „Daily Chronicle“: In Glasgow wurde der Belagerungszustand verhängt. Die Stadt wurde von 10 000 Mann britischer Gardetruppen besetzt. In den wichtigsten Punkten der Stadt sind militärische Abteilungen aufgestellt. An verschiedenen Straßenecken stehen Patrouillen mit Maschinengewehren. Den Mittelpunkt der militärischen Besetzung bildet das Stadthaus. In Glasgow streiken zurzeit 120 000 Arbeiter. — Londoner Korrespondenzmeldungen zufolge berichtet „Daily News“, daß die Regierung angesichts der Zunahme der Streiks in England sich gezwungen sieht, den Arbeitern weitestgehende Konzessionen zu machen. Unmittelbar nach Eröffnung des Parlaments wird die Arbeiterfrage in außerordentlichen Sitzungen unter Vorsitz von Lloyd George zu lösen versucht werden. (B. Pr.)

Sperrung deutscher Guthaben in Dänemark.

Nach der Kopenhagener „Nationaltidende“ waren von der französischen Gesandtschaft kürzlich die dänischen Banken aufgefordert worden, deutsche Guthaben zurückzuhalten. Die Banken nahmen daher nur den normalen Umsatz mit ihren deutschen Kunden vor und zahlte die Deutsche konnten keine Auszahlungen mehr erhalten. Nunmehr hat auch die englische Gesandtschaft den Banken eine Aufforderung gleichen Inhalts zugestellt.

* Vom Tage.

(Zur Eröffnung der Weimarer Nationalversammlung. Die Rede Eberts.)

Die deutsche Nationalversammlung ist gestern in der alten Goethestadt Weimar in feierlicher und würdiger Weise eröffnet worden. Wir wollen von vornherein keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir das Bedeutsame der Tagungen nicht in den vielen Reden zu erblicken haben, auf die wir uns wohl gefaßt machen müssen, sondern in den Beschlüssen. Das deutsche Volk erhofft von der Nationalversammlung klare, kraftvolle und volkstümliche Beschlüsse, und es erwartet, daß diese Beschlüsse mit aller Entschiedenheit so schnell wie möglich durchgeführt werden. Das scheint uns die Hauptaufgabe der Nationalversammlung zu sein!

Selbstverständlich werden mit dieser Feststellung die Reden an sich nicht entwertet; auch sie verdienen unsere höchste Aufmerksamkeit, da sie uns zeigen werden, welcher Geist die Nationalversammlung durchweht, und da sie uns über die Stimmungen und Auffassungen, die die Vertreter der Regierungen und der Parteien befeelen, willkommenen Aufschluß gibt. Aber immer sollen diese Reden doch nur die Vorbereitung darstellen für das eigentliche Werk; und an diesem Werk ist uns vor allem gelegen. Wir wollen ein Parlament der tüchtigen Laten und nicht ein solches der endlosen Reden haben!

Der Tag der Eröffnung mußte naturgemäß dem Worte gewidmet sein, da es darauf ankam, die Versammelten zu begrüßen, sie gewissermaßen heimlich zu machen zu lassen, und da es galt, durch Ablage eines Rechenschaftsberichtes der Reichsregierung eine Grundlage für die weiteren Erörterungen zu schaffen.

Die Rede, die der Volksbeauftragte Ebert am gestrigen Tage gehalten hat, gehört zu den Kundgebungen, die der ernstesten Beachtung wert sind! Sie verdient unseren Beifall und unsere Zustimmung, da sie klare Richtlinien aufstellt und in trefflicher, gut durchdachter und volkstümlicher Weise das sagt, was die große Mehrheit unseres Volkes zu hören wünschte.

Die Rede Eberts geht aus von der fundamentalen Feststellung, daß die Nationalversammlung der höchste und einzige Souverän in Deutschland ist. Mit den alten Gewalten ist es für immer vorbei. Die Nationalversammlung hat eine starke republikanische Mehrheit. Der Krieg ist verloren: Aber das ist keine Folge der Revolution; sondern es war die kaiserliche Regierung des Bringen May von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte.

Mit besonderem Nachdruck betont Ebert, daß die Revolution die Verantwortung abnehmen sollte für all das Elend, in das die verkehrte Politik der alten Gewalten und der leichtsinnige Übermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt haben. Wir halten diese Bemerkung für außerordentlich notwendig und zeitgemäß. Es gibt bei uns in Deutschland noch viel zu viel Leute, die die Zwangsläufigkeit der Erscheinungen völlig überschätzen und die gänzlich unzutreffende Auffassung verbreiten, als ob die Revolution selbst an allem schuld sei. Einer derartigen Auffassung kann man nicht scharf genug entgegenzutreten. Gewiß mußte die Revolution, die nach dem Zusammenbruch der Obersten Heeresleitung und nach der ungeliebten Politik der Reichsregierung nicht zu vermeiden war, Erscheinungen hervorrufen, die die Verwirrung vergrößerte, die jedoch von den Urhebern und Trägern der Revolution keineswegs gewollt waren. Daß es aber überhaupt so weit gekommen ist, daß wir ohne genügende wirtschaftliche und diplomatische Vorbereitung einen Krieg gegen die halbe Welt begannen, daß wir diesen Krieg verloren, daß wir das Volk schließlich zur Verzweiflung brachten und in die Arme der Revolution trieben, das ist doch nicht die Schuld der Revolution, sondern einzig und allein die Schuld der alten Gewalten. Man kann das Verhältnis von Ursache und Wirkung nicht schlimmer durcheinanderbringen, als wenn man so tut, als ob das deutsche Volk ohne jeden Grund, zum reinen Vergnügen, nur um ja alles zu verwüsten und zu gefährden, Revolution gemacht hätte! Wer eine solche Auffassung vertritt, der ist nicht in der Lage, historisch und gerecht zu denken.

Was die Schuld am Kriege betrifft, so ist das deutsche Volk entschlossen, selbst alle zur Verantwortung zu ziehen,

denen ein absichtliches Verschulden oder eine absichtliche Niedertracht nachgewiesen werden kann. Mit padenden Worten, die ganz das tiefe Gefühl des Schmerzes und der Empörung verraten, das uns alle durchzittert, kam Ebert auf die Waffenstillstandsbedingungen zu sprechen. Er warnte die Gegner, uns nicht zum Außersten zu treiben, und er prägte den bedeutsamen Satz: „Auch eine sozialistische Volksregierung, und gerade diese muß daran festhalten: Lieber ärgste Entbehrung als Entehrung.“ Im übrigen hat Ebert die Hoffnung auf eine glückliche Zukunft nicht aufgegeben. Tüchtigkeit und Fleiß werden uns wieder eine geachtete Stellung erwerben. Er ließ diesen Teil seiner Rede ausklingen in einem dringenden Appell an alle Völker der Welt, dem deutschen Volke Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und durch Vergewaltigung nicht zu vernichten, was sich trotz allen Glends so hoffnungsvoll wieder anbahnt. Die Deutsch-Österreicher begrüßte Ebert mit herzlichem Brudergruß, indem er betonte, daß wir sie mit offenen Armen und offenem Herzen im neuen Reiche willkommen heißen.

Nachmals unterstrich Ebert die Tatsache, daß die provisorische Regierung eine sehr üble Herrschaft angetreten habe. Gestützt vom Zentralrat der Arbeiter und Soldatenräte, habe die Regierung ihre ganze Kraft eingesetzt, die Gefahren und das Elend der Übergangszeit zu überwinden. Aber das Wirtschaftsleben kann nur wieder in Gang gebracht werden, wenn Unternehmer und Arbeiter in gleicher Weise ihre Pflicht tun, die Unternehmer, indem sie die Produktion mit allen Kräften wieder beleben, die Arbeiter, indem sie alle Kräfte anspannen zur Arbeit, um so die Werte schaffen zu können, die uns allein zu retten vermögen. Sozialismus bedeutet für Ebert Organisation, Ordnung und Solidarität, nicht aber Eigenmächtigkeit, Widerpenstigkeit und Zersörung. Ebert hat seine mit sehr lebhaftem Beifall aufgenommenen Darlegungen geschlossen mit dem Aufruf, hier in Weimar die Wandlung zu vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. Das Ziel aber, das uns vor Augen steht, sei, das Recht des deutschen Volkes zu wahren auf dem Boden einer starken Demokratie, die mit wahren sozialistischem Geiste erfüllt ist. A.

Die Eröffnung der deutschen Nationalversammlung.

Die Blicke nicht nur ganz Deutschlands, sondern auch der übrigen Welt sind in diesen Tagen auf die alte Goethestadt Weimar gerichtet, die sich seit Wochen zum Empfange der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung gerüstet hat. Die außerordentlichen Schwierigkeiten der Unterbringung der großen Zahl von Abgeordneten, der Regierung, der Presse und der notwendigen Aemter, darunter des umfangreichen Post- und Telegraphenapparates, sind mit großer Tatkraft überwunden worden. Auch die anlässlich der drohenden Haltung der Spartakusgruppe erforderlichen militärischen Sicherungsmaßnahmen sind in planmäßiger und erfolgversprechender Weise durchgeführt worden, so daß ein von außen her ungestörter und ruhiger Verlauf der bedeutungsvollen, über das Schicksal Deutschlands entscheidenden Beratungen gesichert erscheint.

Die feierliche Eröffnungssitzung fand gestern durch den Volksbeauftragten Ebert statt, der in seiner Eröffnungsansprache u. a. ausführte:

Die provisorische Regierung dankt ihr Mandat der Revolution. Sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen. Die Regierung begrüßt in dieser Nationalversammlung den höchsten und einzigen Souverän in Deutschland. Mit den alten Königen und Fürsten von Gottes Gnaden ist es für immer vorbei. (Lebhafter Beifall links, Zuruf rechts: Abwarten!) Diese Nationalversammlung hat eine große republikanische Mehrheit. Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in aller Zukunft sich selbst. Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. Es war die kaiserliche Regierung des Bringen May von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte. Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und angesichts der militärischen und wirtschaftlichen Lage konnte sie nicht anders handeln. Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die verkehrte Politik der alten Gewalten und der leichtsinnige Übermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt hat. Sie ist auch nicht verantwortlich für unsere schwere Lebensmittelmot, die nicht nur uns, sondern auch unsere Gegner ungeheuer erschöpft hat. Aus dem Gefühl der Erschöpfung bei unseren Gegnern heraus wird der Ausbehnungsgedanke in den Frieden hineingetragen.

Die Lage und die Bergewallungspläne fordern den stärksten Protest heraus. (Allgemeine Zustimmung.) Angesichts des Massenelends erscheint die Schulfrage beinahe klein. Gleichwohl ist das deutsche Volk entschlossen, selbst alle zur Verantwortung zu ziehen, denen ein absichtliches Verschulden oder eine absichtliche Niedertracht nachgewiesen werden kann. Deshalb haben nach ihrem eigenen Zeugnis unsere Gegner gekämpft? Um den Kaiserismus zu vernichten. Es gibt ihn nicht mehr; er ist für immer erledigt. Sie haben gekämpft, um den Militarismus zu zerstören. Er ist in Trümmer gestürzt und wird nicht mehr erstehen.

Die Waffenstillstandsbedingungen aber sind bisher unerhört hart gewesen und schonungslos durchgeführt worden. Wir warnen die Gegner, uns nicht zum äußersten zu treiben. Wie General Winterfeldt könnte eines Tages jede deutsche Regierung gezwungen sein, auf weitere Mitwirkung an den Friedensverhandlungen zu verzichten und den Gegnern die ganze Last der Verantwortung für die Neugestaltung der Welt zuzuschreiben. Man stelle uns nicht vor die verhängnisvolle Wahl zwischen Verhungern und Schmach. Auch eine sozialistische Volksregierung, und gerade diese muß daran festhalten: Lieber ärgere Entbehrung als Entehrung. (Lebhafte Zustimmung.) Im Vertrauen auf die Grundzüge des Präsidenten Wilsons hat Deutschland die Waffen niedergelegt. Jetzt gebe man uns den Wilsonschen Frieden, auf den wir Anspruch haben. Unsere freie Volksrepublik, das ganze deutsche Volk erstrebt nichts anderes als Gleichberechtigung in den Bund der Völker einzutreten und sich dort durch Tüchtigkeit und Fleiß eine geachtete Stellung zu erwerben. (Allgemeine Zustimmung.) Deutschland kann noch vieles leisten. Wir sind auf dem Wege, der Welt noch einmal sozialistisch voranzuschreiten, indem wir ihr den Sozialismus, der allein Dauer haben kann, geben, der den Wert und die Kultur des Volkes hebt. Wir wenden uns noch einmal an alle Völker der Welt mit dem dringenden Appell, dem deutschen Volke Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, durch Bergewallung unseres Volkes und unserer Wirtschaft nicht zu vernichten, was sich trotzdem Hoffnungswohl anbietet. Wir können auch nicht darauf verzichten, die ganze deutsche Nation im Rahmen eines Reiches zu einigen. Ich bin sicher, im Sinne der ganzen Nationalversammlung zu sprechen, wenn ich die Kundgebung der deutsch-österreichischen Nationalversammlung für den Anschluß an Deutschland aufrichtig und voll Freude begrüße und sie mit herzlichem Brudergruß erwidere. Unsere Stammes- und Schicksalsgenossen dürfen beruhigt sein, daß wir sie im neuen Reiche der deutschen Nation mit offenen Armen und offenem Herzen willkommen heißen. Deutschland darf nicht wieder dem alten Elend der Zersplitterung und Verengung anheimfallen. Nur eine große einheitliche Entwicklungsmöglichkeit unseres Wirtschaftslebens, ein politisch aktionsfähiges, selbstgesteuertes, einig Deutschland kann die Zukunft unseres Volkes sichern.

Die provisorische Regierung hat eine sehr able Erbschaft angetreten. Wir haben, gestützt und gefördert vom Zentralrat der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte, unsere Kraft eingesetzt, die Gefahren und das Elend der Übergangszeit zu überwinden. Wir haben alles getan, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Wenn der Erfolg unserer Arbeit nicht unseren Wünschen entspricht, so müssen die Gründe dargelegt und gewürdigt werden. Wir richten deshalb an die Unternehmer den dringenden Appell, die Wiederbelebung der Produktion mit allen Kräften zu fördern. Auf der anderen Seite rufen wir die Arbeiterschaft auf, alle Kräfte anzuspannen zur Arbeit, die allein uns retten kann. Wir müssen arbeiten und neue Kräfte schaffen. Sonst gehen wir zu Grunde. Sozialismus ist nach unserer Auffassung nur möglich, wenn die Produktion eine genügend hohe Stufe der Arbeitsleistung innehat. Sozialismus ist uns Organisation, Ordnung und Solidarität, nicht Eigenmächtigkeit, Widerspenstigkeit und Zersplitterung. Sorgenvoll blickt uns die Zukunft an. Wir vertrauen aber trotz alledem auf die unverwundliche Schaffenskraft des deutschen Volkes. Die alten Grundlagen der alten Machtstellung sind für immer zerbrochen. Die preussische Hegemonie, das hohenzollerische Heer, die schimmernde Wehr sind bei uns für alle Zukunft unmöglich gemacht. Wir müssen hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. So wollen wir an die Arbeit gehen, unser großes Ziel fest vor Augen, das Recht des deutschen Volkes zu wahren, in Deutschland eine starke Demokratie verankern und sie mit wahren sozialistischen Geistes und sozialistischer Art erfüllen. So wollen wir wahr machen, was Fichte der deutschen Nation als ihre Bestimmung

Zur Ausstellung Schlichter-Zabotin in der Galerie Moos.

Von Curt Amend.

Ein braver Mann, der sich die Ausstellung der beiden hier lebenden expressionistischen Maler W. Zabotin und A. Schlichter ansah, brach verärgertes Anklagen in die Worte aus: „Jetzt bin ich ganz erleuchtet; nicht einmal die alte Kunst habe ich begriffen — er meinte den Impressionismus —, und nun soll ich dies noch kopieren?! Nein, ich streike!“ Der Mann hatte recht, daß er streikte!

Ein anderer Besucher bekam einen Wutanfall, vermaß sich, in einer halben Stunde fünfzig derartiger Bilder zu malen (wohl ihm!) und rief zu den Umstehenden: „Leute, die so etwas malen, gehören entweder ins Zuchthaus oder ins Irrenhaus“. Auch er hat recht. Eigentlich gehören alle Menschen, die über die Durchschnittsbegabung des Spieglbürgers hinausragen, ins Irrenhaus; denn sie bringen ja doch nur Unruhe in die Welt.

Als Manet zum ersten Male seine Bilder ausstellte, hielten ihn 90 Prozent von Paris für verrückt. Heute bezahlt man für sein Gemälde Summen, deren Zahl sechsstellig ist. Schlussfolgerung: Wenn unser europäisches Publikum so recht von Herzen über einen Künstler schimpft, wenn es ihn gar für verrückt hält, dann ist sicher etwas an ihm dran. Bei den Sellenen und Orlaniden war es übrigens anders. Dort wußte man echte Kunst von vornherein zu schätzen. Das waren aber auch Kulturvölker mit einer Volkskultur. Wir haben bestenfalls eine Massenkultur. Hoffentlich ändert die Revolution der Geister diesen Zustand!

Eines haben wir festzuhalten: Man ist noch lange nicht deswegen ein großer Maler, weil man den Titel Professor führt, Aufträge ein Masse erhält, und in einem feudalen Hause wohnt. Man kann auch mit hundert Mark pro Monat auskommen, schlechte Kleider anhaben, seine Bilder nur aus Begeisterung malen und doch ein echter, starker Künstler sein.

Unser Publikum ist in Dingen der Kunst vielleicht das unergothenste, das es gibt. Ob es auch das unergothenste ist, weiß ich nicht, da mir hierfür der Vergleichsmassstab fehlt. Wir sind eben in allen Dingen, die die Kunst betreffen, verborben: erstens, durch den Autoritätsdusel und die Lafaiengefimmung, die uns der Obrigkeitstaat beibrachte, und der wir die Freiheit des Fühlens, Denkens und Wollens geopfert hatten; zweitens, durch die Erziehung, die der Hauptnachdruck auf das Gehirn legte und das Gefühl, den Sinn für das Natürliche er-

geben hat: Wir wollen errichten ein Reich des Rechtes und der Wahrhaftigkeit, begründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantheit trägt. (Lebhafte Beifall und Gändellatschen bei der Mehrheit.)

Hierauf beistimmt der Reichspräsident als Alterspräsident an die Versammlung eine Ansprache, in der er ausführt:

Jetzt ist das deutsche Volk sein eigener Herr, seine eigene oberste Gewalt geworden. Es muß die große Prüfung bestehen, ob es reif ist, in Freiheit zu leben, oder ob es sich wiederum unter der brutalen Gewalt Herrschaft beugen muß. Die Nationalversammlung ist der Ausdruck des Willens der deutschen Nation. Sie allein hat von heute an in Deutschland zu entscheiden. Wer ihr die unumschränkte Gewalt zu schmälern sucht, der treibt an des deutschen Volkes Majestät und Freiheit. Die ganze deutsche Nation innerhalb und außerhalb der alten Reichsgrenze blickt erwartungsvoll auf diese Versammlung. Seien wir würdig unserer ungeheuren Aufgabe und tun wir alle unsere Pflicht mit der Liebe zum deutschen Volke und zur deutschen Freiheit, die unser aller Herz und Kopf erfüllt. Deutschland soll wieder groß werden in der Welt, nicht mit Gewalttaten und Kriegen, sondern durch die befreiende Gewalt des Friedens. Lassen Sie sich in Ihren Beratungen und Beschlußfassungen stets leiten von dem Grundsatz: Alles für das Volk und alles durch das Volk! Das ist der Segenswunsch, mit dem ich die Tagung der Nationalversammlung eröffne.

Sodann wurde die Geschäftsordnung des Reichstages als provisorisch auf Vorschlag des Alterspräsidenten angenommen. Der sodann vorgenommene Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 397 Abgeordneten.

Alterspräsident Pflanzlich beraumte die nächste Sitzung auf Freitag 3 Uhr an. Tagesordnung: Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer.

Politische Uebersicht.

Aufruf des Zentralrats an die Nationalversammlung.

Der Zentralrat der A. u. S.-Räte Deutschlands erlieh folgenden Aufruf an die deutsche Nationalversammlung in Weimar:

1. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reiches hat schon vor der Revolution das gebietliche Bedürfnis erkannt, das Reich zu einem Einheitsstaat umzugestalten.
2. Die Revolution der Arbeiter und Soldaten hat dieses Bedürfnis in vollem Umfange bejaht und die Beseitigung aller einzelstaatlichen Hemmungen für die politische, wirtschaftliche und soziale Innen- und Außenentwicklung der deutschen Republik als eine ihrer wichtigsten Aufgaben erkannt.
3. Die planvolle Verwaltung der revolutionären Organisation (Arbeiterräte) bei der begünstigten Gestaltung der sozialen Republik als einheitlich wirkende Kräfte für den gesamten Neuaufbau Deutschlands hat die Notwendigkeit auf den Einheitsstaat ebenfalls zur unumgänglichen Voraussetzung.
4. Neuerdings erheben die früheren Bundesstaaten, die jetzigen Freistaaten, wiederum sehr starken Anspruch auf einzelstaatliche Hoheitsrechte in den neuen Republik und zwar nicht nur für die vorläufige, sondern für die endgültige Reichsverfassung, die die Entwicklung zum Einheitsstaate ernstlich zu gefährden scheinen und die möglichst rasche Heilung von den Schlägen des Weltkrieges und des wahrscheinlichen Friedensvertrages durch einzelstaatliche Zersplitterungen zu verhindern drohen.
5. Neben der Eingliederung der Arbeiter- und Soldatenräte in die künftige Reichsverfassung sowie zur vollstündlichen Gestaltung des Beherrschens erscheint es deshalb zunächst als wichtige Aufgabe der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Deutschlands, die schädlichen weiteren Bestrebungen einzelner Staatshoheitsrechte, die über die geltenden Landsmannschaften, Selbstverwaltungen und Kulturinteressen hinausgehen, auf das entschlossenste zu bekämpfen und alle Kräfte dafür einzusetzen, daß die Verfassungsarbeiten in Weimar die gebotene Rücksicht auf den Deutschen Einheitsstaat nehmen.
6. Der Reichsnationalversammlung liegt es ob, den Neuauf-

bau Deutschlands, in politischer und wirtschaftlicher Beziehung vorzubereiten, sowie die territoriale Neugliederung des ganzen deutschen Gebietes vorzunehmen. Sie darf darin von keiner anderen Körperschaft, besonders nicht von den Landesnationalversammlungen, beschränkt werden.

7. In der Erwartung, daß die Nationalversammlung ihre volle Souveränität durchsetzt, legt der Zentralrat die ihm vom Reichstongreß der A. u. S.-Räte übertragene Verwaltung in die Hände der deutschen Nationalversammlung und wünscht ihren Arbeiten jeden Erfolg zum Glück und zum Heile des gesamten deutschen Volkes und aller im neuen deutschen Reiche vereinigten deutschen Stämme.

8. Der Zentralrat wird die ihm übertragenen Befugnisse, insbesondere die ihm durch das neue Gesetz betreffende Regelung der Kommandogewalt überwiesene Stellung als oberste Berufsinanz für die Soldatenräte solange ausüben, bis die Nationalversammlung diese Befugnisse einer anderen Körperschaft übertragen hat.

Bedenkliche Elemente.

„Es ist ein unabwendbares Gesetz aller Revolutionen, aller großen Stürme“, so schreibt die „Sozialistische Korrespondenz“, „daß sie viel Schlamm von Grund aufwühlen und an die Oberfläche spülen. Auch bei dieser Revolution ist die Riste der Verbrenner, die bis zu ihrer Enttarnung eine kurze Glanzrolle spielten, schon ziemlich lang. Wir erinnern an Eichen und seinen Freund Dornbach, den Kommandanten der Volksmarine, den Dieb und Betrüger seiner eigenen Kameraden, an Emil Drah und Ostermann, die revolutionären Zeitungskommandanten und alten Polizeispitzel, an den Oberleutnant Wals, an das Vollzugsratsmitglied Strödel, an den Grafen Metternich u. a. m. Die Riste hat in den jüngsten Tagen eine ansehnliche Bereicherung erfahren. Da ist der Lehrer Jörn aus Niendorf, bis zum 9. November eine unbekannte Größe, seitdem Kommunistenfürer in Bremen. Auf sein Konto kommt der letzte unsinnige Putz, das jüngste Blutvergießen in dieser Handelsstadt. Von allen, auch seinen eigenen Parteifreunden beurteilt, verleiht sich Jörn als Marose und stiftet in Wilhelmshaven neues Blutvergießen an. Er trifft sich dort mit dem würdigen Dorn, dem Chef des Sicherheitsdienstes für den 2. Flotilla der Marine. Dieser Dorn nimmt eine Rückversicherung bei Jörn und läßt sich von ihm schriftlich ein gutes Stütchen auch in der kommunistischen Republik Wilhelmshaven besprechen. Bei der maßlosen Eitelkeit und dem ungezügelten Ehrgeiz des „Präsidenten“ Jörn wird es uns nicht wundern, ihn als Beteiligten oder doch zudringenden Mitwisser des Putzes zu finden. Ein anderer typischer Fall dieser Art aus dem Osten. Dort schlang sich in den Revolutionsstagen ein Referendar Döbbecke in Allenstein zum Selbstherrscher auf. Döbbecke, ein schwärzlicher Junge aus Bochum, dort als besonders brutaler Hauspacha bekannt, während des Krieges Prüdelberger und Lebensmittelschieber in gros, mimte den Radikalen und wurde zum Schrecken der ganzen Stadt. Jetzt endlich hat die Reichsregierung seine und seiner Gesellschafte Entfernung aus Allenstein durchgesetzt. Es ist vielleicht ein Zufall, aber jedenfalls ein typischer Zufall, daß alle diese dunklen Elemente der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands und den Kommunisten zugeordnet und dort bereitwillig Aufnahme gefunden haben. Die alte Sozialdemokratie wird sich vor diesen neuen Führern, ausgesprochenen Verbrennern, zu schützen müssen. Sie hält lieber an den alten erprobten Führern fest.“

Badischer Teil.

♦♦ Mit Verordnung vom 23. Januar 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 98) hat die Reichsregierung die im § 3 Abs. 2 des Weingehöses vom 7. April 1909 vorgesehene Zuderungsfrist für Wein bis zum 30. Juni 1919 verlängert. ♦

♦♦ Es wird darauf hingewiesen, daß die Kriegsgesellschaft für Obstkonzerven und Marmeladen in Berlin mit Wirkung vom 24. Januar 1919 den Absatz von Dörrobst aller Jahrgänge durch den Erzeuger wie durch den Handel freigegeben hat. ♦

tätete. In die Kunst kann man aber nur mit dem Gefühl heran, nie mit dem Verstand. Es kommt darauf an, zu fühlen, worin die Größe Rembrandts liegt, aber nicht zu wissen, wann er gelebt hat und wie er kunstgeschichtlich einzuordnen ist; dritten, durch unsere mit moralisierender Tönung überlagerte Selbstgerechtigkeit, die uns zum Gespött in der Welt machte und jede Achtung vor der Herrlichkeit und Selbstherrlichkeit der Kunst vernichtete, dagegen aber den Todfeind aller bildenden Kunst auf den Plan rief: den Kritikus. Und wer macht sich nicht alles an, bei uns Kritik zu spielen? Jeder aus dem Publikum, mag sein gefühlsmäßiges Verhältnis zur Kunst auch etwa so aussehen, wie das einer Kuh zum Seiltanzen.

Expressionismus ist Gefühls- und Ausdruckskunst. Mit dem einseitigen und verlogenen Kanon des Schönen weiß sie nichts anzufangen. (Die indische Kunst wußte mit ihm auch nichts anzufangen.) Ebenso lehnt sie den Naturalismus, die Glaubenslehre von der Illusion des Realen ab. Da sie Gefühlskunst ist, da sie das zum Ausdruck bringen will, was den Künstler innerlich bewegt, und zwar so zum Ausdruck, wie er es eben innerlich erlebt und empfunden hat, muß sie vor allem wahr und ehrlich sein. Wahrheit und Schönheit aber sind im Leben der Menschen — dieser gewiß höher, aber nicht besser gearteten Tiere — meistens Gegenfäße. Da, wo die Schönheit als ästhetische Forderung auftritt, muß sie deshalb zu eitlen Schein, zur Heuchelei führen. Der Arbeiter in seinem schmutzigen Kittel ist auch nicht „schön“, aber er ist wahr und echt, jedenfalls echter, als der „Gent“, der die oft fragwürdige Art seiner Beschäftigung unter dem tadellos sitzenden Rock seines erstklassigen Herrenschneiders verbirgt.

Zabotin und Schlichter sind wahr und echt in ihrem Schaffen. Sie geben ihr Herzblut, sie bieten ihr Innerstes dem Beschauer dar, sie zeigen ihm ihre Erregungen und Bittern, die wir vielleicht nicht immer verstehen. Aber was besagt denn das? Die indischen Weisen tadeln an unseren gelehrten Schriften, daß sie so unendlich verständlich seien. Was heißt das überhaupt: Nicht verstehen?! Wenn ich etwas nicht verstehe, ist das dann nicht ein Manco in mir selbst, ein Manco an Liebe und Hingabe? Und verlangt Kunst nicht in erster Linie Liebe und Hingabe? Das Verständnis kommt dann ganz von alleine.

Seht Euch die Bilder der beiden Maler an. Gewiß ist noch lange nicht jeder Traum, den sie träumten, zur vollen Blüte und Reife gekommen. Noch sieht so wohl in der Auffassung, wie in der Technik manches, noch wirkt etliches nicht recht überzeugend und erinnert an tastende Ver-

suche. Aber schaut auf das Ganze! Betrachtet diese leuchtenden, harmonisch komponierten Farben bei Schlichter! Betrachtet Euch die älteren Bildnisse Zabotins, in denen er aus dem verachteten Braum — die Chinesen verachteten, es übrigens nicht — die herrlichsten und kraftvollsten Töne herauslockt! Seht die wundervolle Veranschaulichung in dem Gruppenbild mit den Katzen (von Zabotin)! Stellt Euch vor den Leoparden von Schlichter, vor sein Selbstbildnis, vor sein Gemälde „Wörter und Weiber“ (am Fenster in dem Raum mit dem Mädchen Stillleben Zabotins über der Tür)! Welch eine Kühnheit und Größe der Darstellung! Welch eine souveräne Beherrschung der Linie und der Farbe und welche eine Kunst der Veranschaulichung des Ausdrucks in Haltung und Mienenenspiel. Sie leben, diese Bilder! Ihr eigenes Leben, gezeugt von der Inbrunst des Künstlers, der nun endlich sein heiliges Recht auf eigene Ich und dessen Ausstrahlung offen befunden darf.

Dann seht die graphischen Arbeiten der beiden! Meisterhaft namentlich bei Schlichter. Wollen wir diese starke Kunst begreifen, so müssen wir unlernen; wollen wir sie aber fühlend miterleben, so müssen wir uns selber hineinverfenken in diese Darstellungen, die (zum Teil an Rubin erinnernd) tiefes Nachdenken und scharfes Beobachten in jedem Ausdruck manifestieren. Ist die Revolution je gewollter und schlagkräftiger erfasst worden, als es hier bei Schlichter geschieht? Und jenes, so viel geschmähte „Kaffeehauskonzert“ (das uns übrigens, wie so vieles andere beweist, daß der Expressionismus ohne den vorhergegangenen Impressionismus nicht zu denken ist), — zeigt es uns nicht ein Bild, das wir in diesem oder jenem Kaffeehaus selbst oft genug hätten sehen können, wenn wir es nur hätten sehen wollen? Und schließlich die „Kofalinde“ Zabotins. Auf den Künstler haben die Augen dieser Frau eben diesen Eindruck gemacht, und ihn hat er dargestellt, mit seiner zwingenden Kunst der Einzelfigurung. Daneben gibt es Bittern, die uns wie die Träume eines Verachteten anmuten. Sollten selbst sie aber nicht noch einmal höher stehen, wie die, allerdings in sehr unruhigem Zustande auftragsgemäß hergestellten Arbeiten irgend eines Künstlers? Da liegt die Grenzschleibe. Selbst die wildgewordenen Karzissen Zabotins, die wir auch teufelisch nicht ganz gelungen scheinen, sind immer noch hundertmal besser und „schöner“, als der übliche, feichte, verlogene Kitsch, mit dem wir seit Jahrzehnten überschwemmt werden.

Seht hin und sehet selbst! Ihr werdet wahrscheinlich zu 90 Prozent schimpfen. 5 Prozent von Euch werden nachdenklich werden, 3 Prozent werden liebevoll sich freuen, und 2 Prozent werden taufen! Werden es soviel sein? ...

Militärwärter.

Das Reichsamt des Innern hat, nachdem die Demobilisierung nahezu durchgeführt ist, angeordnet, daß mit der endgültigen Ausschreibung der während des Krieges offen gehaltenen oder nur vorübergehend besetzten Stellen, soweit sie den Militärwärtern vorbehalten sind, sofort zu beginnen ist. Die Stellenangebote sind dem Bezirkskommando Karlsruhe als der für Baden zuständigen Vermittlungsbehörde zur Bekanntmachung in den Anstellungsnachrichten zuzustellen.

Huskunftserteilung in Demobilisierungsfragen.

Alle Anfragen in Demobilisierungsangelegenheiten, insbesondere über Ersatztruppenteile, Demobilisierungsorte, sind künftighin nicht mehr an das Kriegsministerium, sondern an das Generalkommando XIV. A. R. in Durlach zu richten, dem die Erledigung obliegt. Wenn in einzelnen Fällen das Generalkommando auf Grund des ihm zur Verfügung stehenden Materials zur Auskunftserteilung nicht selbst instande ist, wird es die Anfrage von sich aus an das Kriegsministerium weiterleiten. Unmittelbar an das Kriegsministerium gerichtete Anfragen können auf Beantwortung nicht mehr rechnen.

Den Abschuss von Raubzeug und Schwarzwild durch Jagdschutzbeamte.

Der französische Kontrolleur für die neutrale Zone hat das Tragen von Schusswaffen durch die staatlichen und Gemeindefeldwachmannschaften und den Abschuss von Raubzeug und Schwarzwild durch diese Jagdschutzbeamten in der neutralen Zone genehmigt.

Interpellationen in der Nationalversammlung.

In der badischen Nationalversammlung wurden folgende Interpellationen

Interpellationen

eingetragen:

Interpellation Schell u. Gen., betr. den Eisenbahnbau und Arbeiterfragen:
„Vorläufig den beiden Nebenbahnlücken Bad-Born-Badheim und Reutereidolsheim im südlichen Teil des noch nicht angebaute Teilungsbereichs im südlichen Teil der Länge von 9 Kilometern. Es ist der badischen vorläufigen Volksregierung bekannt, daß der Ausbau der Strecke für den allgemeinen Verkehr wie für das badische Braunkohlensyndikat ein dringendes Bedürfnis ist. Wann gedenkt die Regierung die Bauarbeiten für den Ausbau dieser Strecke in Angriff zu nehmen, um einerseits den dringenden Verkehrsbedarf zu entspannen und andererseits den großen Anlaß von Arbeitslosen Gelegenheit zu Arbeit zu geben?“

Interpellation Engelhardt u. Gen., zum gleichen Gegenstand:
„Wie es der vorläufigen Regierung bekannt, daß in Baden, darunter auch in Mittelbaden, eine große Anzahl von beschäftigungslosen Arbeitern vorhanden ist, die Arbeit und Verdienst haben müßten. Im Zusammenhang des Eisenbahnbau für die Jahre 1914/15 wurden unter Ziel 1 § 6 als erste Teilerweiterung für die Erweiterung der Nebenbahn von Eppena nach Gersbach 500 000 M. eingestellt und bewilligt. Ist die Regierung bereit, die Vorbereitungen für diesen Bahnbau so zu fördern, daß am Abend mit den Bauarbeiten als Vollbauarbeiten begonnen werden kann?“

Interpellation Beyer u. Gen., zum gleichen Gegenstand:
„Ist der Regierung bekannt, daß über 16 000 Arbeitslose nach der amtlichen Reichsstatistik in Baden vorhanden sind, darunter wohl über ein Drittel Bauarbeiter? Was gedenkt die Regierung zu tun, um einem Teil dieser Arbeitslosen Beschäftigung zu geben? Bietet die Finanzverwaltung des Reichsbauwerks in Eisenbahnen sowie die Verlegung des Reichsbauwerks in Eisenbahnen nicht eine Gelegenheit, die Arbeitslosen, besonders jene der Bauarbeiter, teilweise zu beschäftigen und die Kosten der Arbeitslosenunterstützung erheblich einzusparen?“

Interpellation Beyer u. Gen., ebenfalls den Eisenbahnbau und die Arbeiterfrage betr.:
„Ist der vorläufigen Volksregierung bekannt, daß durch die erheblichen Unterschiede in der Arbeitszeit bei den Betriebsarbeitern der Eisenbahnverwaltung eine starke Erregung hervorgerufen wurde? Was gedenkt die Regierung zu tun, diesen Unterschieden abzuwehren? Ist sie bereit, die Grundzüge der Bestimmungen der Arbeitsverträge in Berlin vom 12. November 1918 durchzuführen? Ist der Regierung bekannt, daß viele Arbeiter, die ausschließlich während des Krieges im „Wohnheim“ beschäftigt wurden, durch die Rückkehr der Arbeiter in ihren Dienst arbeitslos werden? Was gedenkt sie zu tun, diesen Hilfslosen Gelegenheit zur Arbeit zu schaffen?“

Der Religionsunterricht in der Schule.

Der Verfassungskonferenz der badischen Nationalversammlung setzte gestern nachmittag die Aussprache über den Religionsunterricht in der Schule fort. Der von demokratischer Seite gemachte Vorschlag, wonach Religion nur Pflichtfach für die Volksschule sein soll, wird von Zentrum und Sozialdemokratie abgelehnt. Das Zentrum will auch für die Fortbildungsschule und Mittelschule den Religionsunterricht als Pflichtfach in der Verfassung festgelegt wissen.

Zur Abstimmung liegen nun verschiedene Anträge vor. Der sozialdemokratische Antrag „Religion ist kein Pflichtfach weder für Lehrer noch für Schüler“ wird mit 14 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag der Zentrumsfraktion „Religion ist Pflichtfach im Schulunterricht (also auch in Fortbildungsschule, Gewerbe-, Handels-, Mittelschule, sowie in allen Lehrerbildungsanstalten) wird mit 9 gegen 5 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen angenommen.“

Der Abs. 2 des § 19 erhält jetzt folgende Fassung: „Religion ist Pflichtfach im Schulunterricht. Er wird im Auftrag der zuständigen Regierungsgemeinschaften erteilt und von ihr überwacht.“

Der Abs. 3 des § 19 soll künftig lauten: „Kein Lehrer darf wider seine religiöse Überzeugung zur Erteilung des Religionsunterrichts oder zur Vornahme kirchlicher Handlungen, kein Schüler gegen die religiöse Überzeugung der Religionsberechtigten zum Besuch des Religionsunterrichts oder zur Teilnahme an kirchlichen Handlungen gezwungen werden.“ Der erste Teil dieses § 19 Absatzes ist von Zentrum eingebracht, der zweite Teil von den Demokraten. Für den zweiten Teil stimmen auch die Sozialdemokraten, während sie sich beim ersten Teil der Stimmen enthalten.

Die Aussprache kommt damit zum Abschluß der Regierungsvorlage, der Befehl, daß zum Besuch der öffentlichen Volksschule alle Kinder verpflichtet sind. Die Redner der Demokraten und Sozialdemokraten traten energisch für diese allgemeine Schule ein. Das Zentrum spricht sich gegen die Fassung der Regierungsvorlage aus. Zu einer Beschlußfassung kam es nicht. Am Freitag vormittag wird die Beratung fortgesetzt.

Die Eisenbahner und das Koalitionsrecht.

Gestern nachmittag fand in Karlsruhe eine von mehreren hundert Personen besuchte, vom Gau Baden des Reichsbauwerks des badischen Verkehrsvereins einberufene Eisenbahnerversammlung statt, die sich in der Hauptsache mit dem Koalitionsrecht, der Feuerungsfrage und dem Tarifrecht befaßte. Über diese Punkte sprach Gauleiter Schneider, der dabei bemerkte, daß der Verfassungsausschuß der bad. Nationalversammlung bei der Beratung des § 17 mit 11 gegen 9 Stimmen versucht habe, das einheitliche Streikrecht für alle Staatsbeamten und Arbeiter einzuschränken. Seine Ausführungen gipfelten in zwei Entschlüsse, von denen die

erste das freie und uneingeschränkte Koalitionsrecht verlangt und sich gegen jeden Versuch wendet, für die Staatsarbeiter und Beamte Ausnahmebestimmungen zu schaffen. In der zweiten Entschlüsse wird gesagt, die Versammlung gebe sich zunächst mit der Regierungserklärung über die Feuerungsfrage zufrieden und erwarte von der Nationalversammlung eine alsbaldige Erledigung dieser Sache. Ferner fordere sie die nachträgliche Ausschaltung der vollen Feuerungsfrage vom September vorigen Jahres an alle Kriegsteilnehmer und erwarte, daß der eingereichte Lohnsatz in kürzester Zeit zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht wird und die Forderung der Beamten auf eine zeitgemäße Regelung der Gehalts- und Beförderungsverhältnisse, sowie Einführung von Beamtenauschüssen in Höhe zur Durchführung komme. Nach einer lebhaften, diesen Forderungen zustimmenden Aussprache wurden die Entschlüsse angenommen.

Elsässer Flüchtlinge in Offenburg.

Man schreibt uns aus Offenburg: Während bisher die Übernahme der aus Elsass-Lothringen von den französischen Behörden, zumeist auf elsassische Denunziation und Beeinflussung hin vertriebenen Bürger und Beamten durch einen deutschen Hilfsdienst unmittelbar nach Überschreiten des Rheins in Rehl erfolgt war, ist der Übernahme durch die französische Besetzung von Rehl seit voriger Woche nach dem am Fuße des Schwarzwalds gelegenen Offenburg übertragen worden. Am Mittwoch traf hier ein von Straßburg abgegangener Zug mit etwa 900 Vertriebenen ein, der bei Appenweier über die neu angelegte Verbindungsfurde ohne leistung Station zu berühren hierher geleitet worden war. Für viele der Angewandten bildete es wiederum eine Erleichterung, aus dem unangenehmen Druck der im Elsass erzeugten nationalistisch geladenen Atmosphäre und der steten Bedrohung mit Gefährlichkeit und Mißhandlung nach Monaten wieder einen Boden betreten zu können, auf dem man inmitten von teils neugierigen und freundschaftlichen Volksgenossen wieder frei atmen durfte. Gleichwohl bleibt das Bild der vielfach ihrer Habe beraubten Menschen stets ein tieftrauriges; manchen sind diesmal auch ihre geringen Mengen an mitgeführten Lebensmitteln bei der französischen Untersuchung abgenommen worden. Auf dem Bahnhof Offenburg ist vom Flüchtlingsausschuß ein Hilfsdienst unter Mitwirkung von jugendlichen Pfadfindern eingerichtet, der für die Beförderung des Gepäcks und die Unterbringung in den bereit gehaltenen Massenquartieren in staatlichen Gebäuden oder Privatquartieren und Gasthöfen besorgt ist. Die Übernahmeestelle arbeitet in Verbindung mit der in Freiburg i. Br. errichteten Zentrale des Ausflusses für ausgereisene Elsass-Lothring'.

Wie man von den Angewandten wiederum hörte, sind zwar in Straßburg Lebensmittel in Fülle vorhanden, sogar mehr als in Paris der Fall sein soll, jedoch zu demart gestiegenen Preisen, daß sie der Mehrheit der Bevölkerung unzugänglich bleiben. Die Aldeutschen, die zum Teil gute Arbeiter gewesen wären, sind schon in großer Zahl von Straßburg abgewandert und es sollen bereits Schieberungen von Korruption nach Frankreich durch Händler stattfinden. Die Wohnungen in Straßburg sind vielfach auf die Hälfte des früheren Wertes herabgesunken; das unter Leitung des bisherigen Betreters der „Frankfurter Zeitung“ erscheinende Nouveau Journal de Strasbourg bringt Zeitungen mit Anzeigen leerstehender Wohnungen, die über drei volle Seiten in kleiner Druckchrift aufweisen. Mit Absicht hört man von den vielfach, namentlich von afrikanischen Truppen geübten Ausschreitungen auf städtischem Gebiet und die Ausbreitung schwerer geschlechtlicher Infektionen sprechen. Für die beizigende einheimische „Bourgeoisie“ ist allerdings noch immer, wie schon seit zwei Monaten ein militärisches oder bürgerliches Zeit das andere ab und zu die nächste Zeit sind nicht weniger als sechs internationale Veranstaltungen angekündigt. Gegen die Fortdauer dieses Treibens sollen sich allerdings nunmehr schon einheimische Stimmen erheben. Das an der Spitze der gegen die Deutschen gerichteten Hebe marschierende Journal d'Alsace-Lorraine hatte kürzlich einmal geschrieben, die Deutschen hätten doch „etwas aus Straßburg zu machen verstanden“. Es läßt sich aber heute schon voraussehen, was das von einer Art Fieber gezeitigte Vorgehen der Franzosen in absehbarer Zeit aus der alten „wunderbaren Stadt“ machen wird und, wie wir sehen, zum Teil jetzt schon gemacht hat.

Badische Zeitungsstimmen.

Zentrum und Regierung. Unter dieser Überschrift veröffentlicht die „Badische Beobachter“ einen Leitartikel, in dem er den Beschluß der Zentrumsfraktion betr. das eventuelle Ausschließen der Minister Trunt und Dr. Wirth einer Besprechung unterzieht und, nachdem er betont hat, daß man in den Zentrumskreisen des ganzen Landes mit der Haltung der Fraktion in dieser Frage einverstanden sei, die Frage aufwirft, um was es sich denn nun eigentlich handle. Wie der „Beobachter“ meint, ist es zunächst die Frage der einmaligen Feuerungsfrage und des Ultimatum der Eisenbahner, die man, nachdem die Gesamtregierung sich bereits mit der Frage einer weiteren Zulage beschäftigt habe. „Da kam“, so heißt es u. a. weiter, „das Ultimatum der Mannheimer Eisenbahner“. Man war sich allseits darüber klar, daß einer derartigen Revolverpolitik nicht entzogen werden könne. Man war sich ferner, darüber klar, daß die Entscheidung über die neu in Frage stehende Zulage einzig und allein der Nationalversammlung zustehe. Deshalb fand am Freitag, den 31. Januar, zunächst eine Besprechung des Verkehrsministers Rüdert mit den Parteiführern und daran anschließend eine Sitzung des Haushaltsausschusses der Nationalversammlung statt, die beide sich mit der Zulagefrage beschäftigten. Am selben Abend noch beschloß die Gesamtregierung, der Nationalversammlung, die bereits mitgeteilte Vorlage über Gewährung einer Feuerungsfrage und die Aufbringung der Mittel durch den Steuerantrag zu unterbreiten. Soweit der tatsächliche Verlauf.“

Diese Vorgänge seien nun Land auf Land ab zu der Erklärung benutzt worden, das Zentrum, vor allem der Finanzminister Dr. Wirth habe sich gegen die Gewährung der Zulage ausgesprochen und wolle überhaupt für die Eisenbahner nichts tun. Diejenigen aber, die diese Sache inszenierten und pflegten, seien vor allem die Sozialdemokraten. Der Artikel spricht dann von der „merkwürdigen Wahrnehmung“, daß der derzeitige Verkehrsminister, der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Rüdert, sich offenbar gegenüber den Vertretern der Eisenbahner zu einer Zeit schon fest verbindlich für die Gewährung der Zulage ausgesprochen habe, in der die Verhandlungen mit den Parteiführern, mit dem Haushaltsausschuß und diejenigen in der Regierung noch gar nicht zum Abschluß gekommen waren, ohne daß er von dieser ersten Tatsache den letztgenannten Instanzen Mitteilung gemacht hätte. „Das wird“, so heißt es dann weiter, „behauptet. Triff dies zu — und vorläufig spricht manches dafür, — dann würde das ein merkwürdiges Licht werfen auf die so oft verkündete Solidarität des Gesamtministeriums. Klarheit ist deshalb erforderlich; und diese zu schaffen, ist dringend geboten. Dazu kommt nun aber noch ein weiteres.“

Am letzten Sonntag fand in Karlsruhe eine Versammlung der Handelskammern statt, in der die Frage der

Zwangswirtschaft für Gegenwart und Zukunft erörtert wurde. Das ist eine Angelegenheit, die das Ministerium für Ernährungsfragen und dasjenige des Innern angeht. Die Minister dieser beiden Ministerien waren deshalb auch in der Versammlung erschienen. Außer ihnen kam auch noch der Minister des Außern, Herr Dietrich. Das war natürlich sein gutes Recht. Aber — und das ist das Entscheidende — überraschenderweise war nun gerade er derjenige, der zuerst das Wort ergriff und dabei in der schärfsten Weise die Zwangswirtschaft und die auf diesem Gebiete auch von der vorläufigen Volksregierung getroffenen Maßnahmen in einer Art und Weise kritisierte, die unwillkürlich den Eindruck aufkommen lassen mußte, daß hier tiefklaffende Gegensätze im Gesamtministerium bestehen. Der zuständige Ressortminister Trunt konnte diese Angriffe, auf sein Ministerium natürlich nicht auf sich ruben lassen, um so weniger, als es sich dabei zum Teil um eine Kritik über Maßnahmen handelte, denen, wie man uns sagt, Herr Dietrich in der Regierung seiner Zeit selbst zugestimmt hat. Es ergab sich deshalb die außerordentlich bedauerliche Tatsache, daß in aller Öffentlichkeit ein Mitglied der Regierung gegen das andere zu polemisieren hatte. Etwas derartiges ist einfach unerträglich, um so mehr, als es, wie wir hören, nicht das erste Mal sein soll, daß der Minister des Außern sich um Angelegenheiten kümmert, die weitab von denen seines Ressorts liegen. So können die Dinge nicht weiter betrieben werden. Das Zentrum will sich von der Verantwortlichkeit nicht drücken. Aber wenn es diese mittragen soll, dann muß es auch entsprechend behandelt werden. Und wenn die parlamentarischen Neulinge der Sozialdemokratie das nicht wissen und andere Herren das nicht beachten wollen, dann haben diese eben auch die Folgen dieser Agitationspolitik zu tragen.“

Die „Badische Landeszeitung“ äußert sich heute zu diesen Ausführungen dahin, daß nach wie vor der Eindruck bestehen bleibe, daß das Zentrum einen Vorwand suche, um aus dem Kompromiß- und Koalitionskabinett heraus, und in eine dankbarere Oppositionsstellung hineinzukommen. „Was den Vorgang bei der Kundgebung des badischen Handelskammerverbandes betrifft“ so schreibt sie sodann, „so mühte zu seiner richtigen Beurteilung doch wohl der zunächst Beschuldigte, Minister Dietrich, gehört werden, der sich aber bekanntermaßen zurzeit, ebenso wie andere Regierungsmitglieder, in Weimar befindet. Es wäre Sache eines Ministerrates gewesen, die vom „Badischen Beobachter“ behaupteten Unstimmigkeiten zum Gegenstand einer Besprechung zu machen, und es war für die Zentrumsmitglieder der Regierung wie auch für die Zentrumsfraktion der einzig richtige Weg, auf eine solche Aussprache hinzuwirken.“

„Wie steht es im Elsass?“ Über die Ernüchterung mancher Kreise im Elsass haben wir schon vor kurzem berichten können. Heute finden wir einen neuen Beitrag zu diesem interessanten Thema in der „Freie Presse“, über das von einem freiwillig ausgedienten Elssässer u. a. folgenden geschrieben wird:

„Das Landvolk sieht dem neuen System, das wenig einheitlich arbeitet, dafür aber um so rüchlosloser auftritt, stark gegenüber. Es hat sich unter der deutschen Verwaltung wohl gefühlt und wäre gern deutsch geblieben. Heute möchte es vielleicht lieber neutral werden. Die anständigen Elssässer — sie sind noch lange nicht ausgezogen — rüden von den Trägern des Terrors und der Unbuddsamkeit mehr und mehr ab. Viele von ihnen erkennen, daß der sogenannte deutsche Militarismus erstet worden ist, bei dem niedrige Angeber und Putzträger eine bisher ungekannte Rolle spielen. Seine freiwilligen Spindel und Angeber sind überall. In Aufsatz arbeitet ein „Eremitenkomitee“, das aus 10 Mann besteht, von denen einer 7 Jahre im Zuchthaus gewesen hat und 8 andere gerichtlich bestraft sind. Dieses „Eremitenkomitee“ fordert selbstständig die „Anrufer“ auf, binnen 24 Stunden das Land zu verlassen.“ Der Verfasser schließt: „Das Blatt des früheren Reichstagsabgeordneten Daegh in Colmar hat vor einigen Tagen mit ganz auffallender Energie darauf hingewiesen, daß das Elsass ein deutschstämmiges und deutschsprachiges Land sei und daß seine Überlieferung und deutsche Sprache verdient. Am Ministerial haben sich mehrere evangelische Gemeinden unter Vorantritt des früher etwa 1500 Einwohner zählenden Dorfes Sulzern an Wilton gewandt mit der Bitte, für Erhaltung ihrer deutschen Mutter- sprache, Sitte und Religion einzutreten. Kurz: die Zeichen, daß das Elsass erwacht, mehren sich zusehends!“

Aus der Landeshauptstadt.

Konzerte.

Der Lieder- und Arienabend, den Franz Schwesdt dieser Tage im Eintrachtsaal veranstaltete, vermochte im großen ganzen keine rechte Befriedigung zu gewähren. Herr Schwesdt ist unfreilich eines der fleißigsten Mitglieder unseres Landestheaters und hat seit seinem Hiersein tüchtig an sich gearbeitet. Seine Leistungen als Bühnensänger haben sich, wie er jüngst als Stradella wieder bewies, gerade in den letzten Monaten in erfreulicher Weise vervollkommen. Für den Konzertsaal aber ist sein an sich schönes und wohlklingendes Organ einzuweisen noch nicht genügend durchgebildet. Zu einem wirklich vollendeten Vortragsorgan gehört nicht nur gutes Material und eine Durchschneidkraft, sondern wirkliche Gesangskultur, musterhafte Tonbildung, Modulationsfähigkeit und eine mühelose Beherrschung von Deklamation, Phrasierung und Ausdruck — alles Eigenschaften, die Herr Schwesdt noch nicht besitzt. Damit ist keineswegs gesagt, daß er sie nicht mit der Zeit erlangen wird. Am ehesten befriedigte er in Hoffmanns Stabat mater und in einigen anspruchsvollen, wenn auch ziemlich konventionell empfundenen Liedern des jungen Karlsruher Komponisten Arthur Kusterer, der die Begleitung am Flügel ausführte. Bei Mozart, Schubert und Brahms hatte der Sänger noch zu sehr mit dem Mangel an genügender stimmlicher Durchbildung zu kämpfen (was ihn zeitweilig sogar die hungemäße Wort- und Silbenbetonung verzeihen ließ), um auch den feinsten Gehalt der Kompositionen zu erschöpfen.

Eine willkommene Unterbrechung des gewohnten Einerleis von Klavier- und Biederabend bildete der vorgestrige Sonatenaabend für Klavier und Cello von Elisabeth Moritz und Julius Schwanzara, die Beethoven op. 69, Brahms' op. 99, und Richard Strauß' op. 6 auf ihr Programm gesetzt hatten. Den schönen, sauberen, an feinen Klangschattierungen reichen und fein rhythmisierten Vortrag von Fel. Moritz zu hören, ist stets von neuem ein Genuß; Herr Schwanzara wieder im Konzertsaal zu begegnen, war eine besondere Freude, nachdem man sein ausdrucksvolles und technisch ausgereiftes Spiel so lange nicht mehr vernommen hatte. Die beiden Künstler bewährten sich im Zusammenpiel als feinst empfindende Musikernaturen. Sowohl das in seiner Fülle poetischer Schönheit schwer auszusprechende Beethovenwerk, wie die dramatische, von reichem Stimmungswechsel erfüllte Brahms'sonate und das jugendliche, langfreudige Opus von Strauß erfuhren eine sorgsam ausgefeilte, auf Innehaltung der großen architektonischen Linie wie auf liebevolle Ausdeutung des musikalischen Stimmungsgehalts bedachte Wiedergabe. Sämtliche Darbietungen fanden denn auch den verdienten herzlichen Beifall. E. R.

Meine liebe Frau, die rastlos sorgende Mutter meiner Kinder

Frau Else Huegel
geb. Kempf

starb heute.

Ettlingen, 5. Februar 1919.

Bürgermeister Huegel.

Amtliche Bekanntmachung.
Verkehr mit Opium betr.

Auf die Verordnung obigen Betreffs des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 15. Dezember 1918 (R.G. Bl. 1918 S. 1447) und die bad. Vollzugsverordnung hierzu vom 14. Januar 1919 (Ges. u. V.-O. Bl. 1919 S. 23) wird hierdurch hingewiesen. Die Bestimmungen können auf dem Bezirksamt eingesehen werden.

Karlsruhe, den 8. Februar 1919.
Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Badisches Landestheater.
Im Konzerthaus

Samstag, den 8. Februar 1919 (Sa. 18.):

„Der Evangelimann“

Anfang 7/8 Uhr. Ende 1/10 Uhr

Aufruf!

Zur Aufstellung von mobilen Munitionsbatterien, Verpflegungsbatterien und Kraftwagenkolonnen bei Grenzschutz Ost werden dringend geeignete Freiwillige (Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften) benötigt. Meldung beim Bezirkskommando Karlsruhe, Hebelstraße 2, III. Etage, Zimmer 8. Militärpapier oder Führungszeugnisse mitbringen. Lohnbedingungen sind dieselben wie für sonstige Freiwillige des Grenzschutzes Ost.

Karlsruhe, den 5. Februar 1919.
Bezirkskommando.

Freiwillige Ordnungswehr.

Weitere Anmeldungen zur Freiwilligen Ordnungswehr erfolgen wie bisher durch Eintragung in die Listen:

1. Polizeiwache Durlachertor,
2. Rathaus, Fürstnerzimmer,
3. Polizeiwache Mühlburgerter.

Der Dienst ist ehrenamtlich und beschränkt sich auf Alarmbereitschaft und Eingreifen im Falle schwerer Ordnungstörungen.

Die F.O.W. tritt nur im Fall von Angriffen und auf direkten Befehl der Badischen Volksregierung in Tätigkeit.

Die Mitglieder der F.O.W. haben daher in Zeiten der Ruhe und Ordnung keinerlei Posten- und Patronenendienst zu leisten; dieser ist Sache der Polizei, Gendarmen, Polizeitruppen und Volkswehr. Die F.O.W. ist eine Reserve der Regierung, die sich aus der gesamten Einwohnerschaft bildet.

In erster Linie kommen militärisch ausgebildete Männer in Betracht.

Als Alarmsignal gilt das vom Bezirksamt festgesetzte Erklingen der Sirene. Alle näheren Bestimmungen ergeben direkt an die in die F.O.W. aufgenommenen Mitglieder.

Für Unfälle im Dienst übernimmt der Staat Kostpflicht sowie Versorgung der beschädigten Mitglieder der F.O.W. gem. Bestimmungen der Reichsversicherung unter Zugrundlegung eines Arbeitsverdienstes von monatlich 375 M.

Karlsruhe, den 5. Februar 1919.
Paulde.

Bereinigung techn. Vereine Karlsruhe

Einladung zur öffentl. Versammlung am Montag, 10. Febr. 1919,
abends 8 Uhr, im großen Saal des Rathauses, Karlsruhe, Marktplatz, über:

Die Stellung des Technikers in der öffentl. Verwaltung
Redner: Herr Dr. Fuchs, Oberbaurat.

Außerdem werden sprechen die Herren Tiefbauinspektor Bronner, Eisenbahndirektor Rölbede und Architekt Schneider.

Techniker, erscheint alle mit Ehren wahlberechtigt. Familienangehörigen. Gäste, Männer und Frauen willkommen.

Der Vorstand.

Gewinne 1000 Ml.

und viele kleinere Treffer fielen an meine Kundschaft in der bayr. Sanitätskassette und werden sofort ausbezahlt. Neue Lose à 1.— der Bad. Kreuz und Bad. Kreuzer, sowie 2 und 3 Marklose u. Kreuz. südd. Klassenlose, à 10, 20, 40, u. 80 Mark, empfehle bestens

Ludwig Götz
Badischer Lotterieverkäufer
Hebelstraße 11/15, b. Rathaus.

Guche Vertretungen in offenen u. Flaschenweinen, Süßweinen u. Spirituosen usw. Angebote unter Z. 960 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Such: größere Posten zu kaufen.
Schwarzen Lee
Diesel, Dortmund.
Schwanenstr. 81, Tel. 2541.

Aufruf!

Unter der großen Zahl deutscher Kriegsgefangener in Feindesland befinden sich viele Tausend Badener.

Der Badische Landesverein vom Roten Kreuz hat sich durch seine Gefangenenfürsorge mit seinen zahlreichen Zweigstellen im Lande seit vier Jahren treu und eifrig um ihr Los bemüht. Die Nachforschungen nach Vermissten, die Unterstützung der Bedürftigen, die Ueberführung von Kleidungsstücken und Wäsche, die Vermittelung von Paket- und Geldsendungen der Angehörigen waren schwierige, doch gerne übernommene und durchgeführte Aufgaben. Der Landesverein hatte sich dabei dauernd großer Unterstützung im Lande zu erfreuen.

Die jetzige große Bewegung in der Heimat unter dem Namen „Reichsbund zum Schutze deutscher Kriegs- und Zivilgefangener“, dem sich auch der Badische Landesverein angeschlossen hat, ist der Rufschrei des deutschen Volkes um die endgültige und baldige Rückgabe seiner Söhne. Alle, die sich der neuen Bewegung anschließen wollen, sind uns willkommen.

Der Badische Landesverein und seine Gefangenenfürsorge sind sich bewusst, daß bis zur endlichen Rückkehr unserer Gefangenen und auch bei ihrer Rückkehr selbst noch viele Unterstützungsaufgaben zu erfüllen sind. Hierzu bedarf aber der Landesverein weiterer bedeutender Mittel. Es gilt daher neue Möglichkeiten, neue Mittel zu schaffen.

**Landsleute gebt!
Gebt freudig!
Gebt reichlich!
Gebt alle!**

Gaben werden bei allen durch Aushang kenntlich gemachten Sammelstellen der im Lande befindlichen Banken, Sparkassen, Vorschussvereine, Postämter und sonstigen Geschäften, den Sammelstellen der Orts- und Bezirks-Ausschüsse des Roten Kreuzes, insbesondere bei der Depotabteilung, oder durch Ueberweisung auf das Postcheckkonto der Depotabteilung des Badischen Landesvereins für die Gefangenen-Fürsorge-Sammlung Nr. 17300 Karlsruhe angenommen.

Badischer Landesverein vom Roten Kreuz:

Der Ehrenvorsitzende:
Max Prinz von Baden.

Der Vorsitzende des Gesamtvorstandes:
General Limberger,
Karlsruhe.

Der Leiter d. Landesauschusses der Bad. Gefangenenfürsorge:
Univ.-Prof. Dr. Partsch,
Freiburg.

Der Vorsitzende der Depot-Abteilung:
Dr. Stroebe, Karlsruhe.

Haus in sehr ruhiger Lage mit 11 Zimmern, 2/3 höflich, ca. 30 qm Terrasse, Veranda, Loggia, Badstube, Garten, Poolraum und Remise zu verkaufen. Anfragen erbeten **G. Wader, Gipier, Neuenbürg a. G.**

Belegung der Stelle des Stadtrechners.

Nachdem der bisherige Stadtrechner Hubert auf 1. April d. J. um seine Versetzung in den Ruhestand nachgesucht hat, ist die Stelle des Stadtrechners auf genannten Termin neu zu besetzen. Bewerber, die sich für die Besetzung des Dienstes für vereinzelt erachten, wollen ihre Gesuche, unter Beigabe eines Lebenslaufes, von Dienstzeugnissen und Angaben der Gehaltsansprüche bis Samstag den 1. März d. J. bei der unterzeichneten Stelle einreichen. F. 971 Pforzheim, 5. Febr. 1919
Der Stadtrat.

Die Stelle des Bürgermeisters in der zusammengefügten Gemeinde Rollingen, Badisch Rheinfelden, Amt Säckingen, soll alsbald durch einen **F. 935.2.1**

Berufsbürgermeister besetzt werden. Geeignete Bewerber wollen sich unter Bezeichnung der Gehaltsansprüche und Referenzen, Vorlage von Zeugnissen und kurzen Lebenslauf bis 15. Februar 1919 bei unterzeichnetem Gemeinderat melden.

Rollingen, Badisch Rheinfelden, 28. Januar 1919.
Der Gemeinderat:
G. Senger.

und prakt. Erfahrung haben, wollen sich unter Vorlage von Lebenslauf und Zeugnissen melden **F. 922.2**

Direktion der psychiatrischen und Nervenklinik Freiburg im Breisgau.

Bürgerl. Rechtspflege a. Streitige Gerichtsbarkeit.

F. 673.2.1. Freiburg.
Frau Frieda Dr. Zeuschner, Belfortstraße 13 hier, Prozeßvollmächtigter A. Weil hier, klagt gegen Peter Wipfels aus Cleve, zuletzt hier, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, mit dem Antrag, denselben dort, vollstreckt, zur Zahlung von 636 M. 90 Pf. nebst Zins vom Klageaufstellungsdatum für Verzögerung und Wohnung im Dezember d. J. zu verurteilen, unter Auflegung der Kosten, auch derjenigen des Arrestverfahrens, und laßt ihn zur mündlichen Verhandlung des Rechts-

streits vor die Z. R. I des Landgerichts hier in den auf 11. April 1919, vorm. 9 Uhr, bestimmten Termin mit der Aufforderung, einen bei diesem Gerichte zugelassenen R. A. als Vertreter zu bestellen.
Freiburg, 8. Febr. 1919.
Gerichtsschreiber des Landgerichts.

Aufgebot.
F. 663.2.1. Raftatt. Das Finanzinstitut für Handel und Gewerbe G. m. b. H. in Raftatt, vertreten durch die Rechtsanwälte Rödiger u. Buschka in Mannheim, hat das Aufgebot des Hypothekendarbottes beantragt, der vom Grundbuchamt Raftatt ausgestellt und eingetragen ist in Grundbuch Raftatt Band 33 Heft 24 III. Abt. Nr. 2 auf dem Grundstück des Kaufmanns Adolf Schweinheim von Ed'n. Mettenbera Ob.-Nr. 1389 für eine Pfandhypothek von 5000 M. für Darlehen zum Gunsten des Antragstellers. Der Inhaber der Urkunde

wird aufgefordert, spätestens in dem auf Dienstag den 3. Juni 1919, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.
Raftatt, 4. Febr. 1919.
Bad. Amtsgericht.

F. 650. Freiburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Zementwarengeschäfts Theodor Edmann in Bittenweiler wurde Termin zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, sowie zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses Termin bestimmt auf **Dienstag, 25. Febr. 1919, vorm. 9 1/2 Uhr,** vor das Amtsgericht hier selbst, Raftattstraße 14, I. Etage, Zimmer Nr. 5.
Freiburg, 1. Febr. 1919.
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts 3.

F. 675.2.1. Aherlingen. Die Josefina Mg, Witwe in Aherlingen, hat beantragt, den verstorbenen Friedrich Mg, Elektroingenieur, zuletzt wohnhaft in Aherlingen, für tot zu erklären. Der bezeichnete Verstorbenen wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Mittwoch den 24. September 1919, vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. In alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verstorbenen zu erteilen vermögen, erucht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen.
Aherlingen, 1. Februar 1919.
Amtsgericht.

Verchiedene Bekanntmachungen.

Die Firma Selzer & Co. G. m. b. H. in Grenzach hat unterm 1. Juli 1918 die Auflösung der Gesellschaft beschlossen u. den Liquidator bestellt. Gemäß § 6 des Handelsgesetzbuchs fordere ich die Gläubigerschaft auf, sich bei derselben zu melden.
Rechtsanwalt Schmitt, Lörrach.

Tiefbauarbeiten zur Verbreiterung des Zufahrtsweges zur Haltestelle und Erstellung eines Entwässerungskanal in Karlsruhe-Mühlburg nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben: ungefähr 240 qm Straßengraben und 85 lfd. m Entwässerungsleitung. Pläne und Bedingungen auf unserem Zeichenbureau im Aufnahmestempel des neuen Personenbahnhofes in Karlsruhe zur Einsicht. Kein Verband nach auswärts. Angebote — Vorbrude dazu auf unserem Zeichenbureau — mit Aufschrift „Verbreiterung des Zufahrtsweges zur Haltestelle in Karlsruhe-Mühlburg“, spätestens bis Dienstag, den 18. Februar d. J., vormittags 11 Uhr, verschlossen und postfrei, bei uns einzureichen. Aufschlußfrist drei Wochen.
Karlsruhe, 31. Jan. 1919.
Bahnbaupolizei 2.

Bayer.-Schweiz.-Südbadischer Verkehr.
Der Gütertarif vom 1. April 1910 tritt mit Ablauf des 31. März 1919 außer Kraft. **F. 670** Karlsruhe, 5. Febr. 1919
Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.

wird aufgefordert, spätestens in dem auf Dienstag den 3. Juni 1919, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.
Raftatt, 4. Febr. 1919.
Bad. Amtsgericht.

F. 650. Freiburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Zementwarengeschäfts Theodor Edmann in Bittenweiler wurde Termin zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, sowie zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses Termin bestimmt auf **Dienstag, 25. Febr. 1919, vorm. 9 1/2 Uhr,** vor das Amtsgericht hier selbst, Raftattstraße 14, I. Etage, Zimmer Nr. 5.
Freiburg, 1. Febr. 1919.
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts 3.

F. 675.2.1. Aherlingen. Die Josefina Mg, Witwe in Aherlingen, hat beantragt, den verstorbenen Friedrich Mg, Elektroingenieur, zuletzt wohnhaft in Aherlingen, für tot zu erklären. Der bezeichnete Verstorbenen wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Mittwoch den 24. September 1919, vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. In alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verstorbenen zu erteilen vermögen, erucht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen.
Aherlingen, 1. Februar 1919.
Amtsgericht.

Verchiedene Bekanntmachungen.

Die Firma Selzer & Co. G. m. b. H. in Grenzach hat unterm 1. Juli 1918 die Auflösung der Gesellschaft beschlossen u. den Liquidator bestellt. Gemäß § 6 des Handelsgesetzbuchs fordere ich die Gläubigerschaft auf, sich bei derselben zu melden.
Rechtsanwalt Schmitt, Lörrach.

Tiefbauarbeiten zur Verbreiterung des Zufahrtsweges zur Haltestelle und Erstellung eines Entwässerungskanal in Karlsruhe-Mühlburg nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben: ungefähr 240 qm Straßengraben und 85 lfd. m Entwässerungsleitung. Pläne und Bedingungen auf unserem Zeichenbureau im Aufnahmestempel des neuen Personenbahnhofes in Karlsruhe zur Einsicht. Kein Verband nach auswärts. Angebote — Vorbrude dazu auf unserem Zeichenbureau — mit Aufschrift „Verbreiterung des Zufahrtsweges zur Haltestelle in Karlsruhe-Mühlburg“, spätestens bis Dienstag, den 18. Februar d. J., vormittags 11 Uhr, verschlossen und postfrei, bei uns einzureichen. Aufschlußfrist drei Wochen.
Karlsruhe, 31. Jan. 1919.
Bahnbaupolizei 2.

Bayer.-Schweiz.-Südbadischer Verkehr.
Der Gütertarif vom 1. April 1910 tritt mit Ablauf des 31. März 1919 außer Kraft. **F. 670** Karlsruhe, 5. Febr. 1919
Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.